

Berlin, 30.06.2020

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Souverän, regelbasiert und transparent Eine sozialdemokratische China-Politik

Der Aufstieg der Volksrepublik China ist eine der größten globalen Veränderungen seit dem Fall der Berliner Mauer. Die wachsende Bedeutung Chinas birgt eine Vielzahl an Herausforderungen, aber auch einige Chancen für Deutschland und die Europäische Union (EU). Wir brauchen daher eine breite europäische Debatte darüber, wie wir unsere gemeinsamen Beziehungen mit China zukünftig gestalten wollen. Diese Positionsbestimmung muss sowohl die Veränderungen in China als auch die Verschiebungen im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, Russland und anderen europäischen Nachbarn berücksichtigen. Ziel muss eine gemeinsame europäische Position sein, die fest in der Wertegemeinschaft des Westens verortet ist, die die europäische Souveränität in einer regelbasierten multilateralen Ordnung stärkt, und konstruktive, offene und transparente Beziehungen zu den zentralen Akteuren von Morgen vertieft.

Für uns Sozialdemokrat_innen ist Politik gegenüber China stets durch einen kontinuierlichen politischen Dialog geprägt. Es gilt der Grundsatz, nicht nur über, sondern auch mit China zu reden, und dabei konstruktiv-kritische Fragen der Kooperation und des Wettbewerbs zu behandeln. Ohne den Dialog mit China ist die Gestaltung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum vorstellbar.

Die Beziehungen mit China müssen in den drei Dimensionen Partnerschaft, Wettbewerb und Systemrivalität gestaltet werden. Chinas Wille zur aktiveren Gestaltung der internationalen Ordnung eröffnet die Möglichkeit zur Vertiefung der Zusammenarbeit, um gemeinsame Interessen auf globaler Ebene zu fördern. Gleichzeitig nehmen Interessens- und Wertekonflikte zu. China ist nicht nur ein Kooperationspartner, sondern zugleich ein wirtschaftlicher Konkurrent und ein ideologischer Systemrival. Es stehen zwei verschiedene Modelle im Wettbewerb: das westliche Modell eines demokratischen Rechtsstaats mit freier und sozialer Marktwirtschaft und das chinesische Modell eines autoritären Staatskapitalismus. Wertekonflikte bestehen vor allem in den Bereichen Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auch wenn unsere Beziehung zu China durch alle drei genannten Dimensionen bestimmt wird, können diese nicht einfach unreflektiert nebeneinanderstehen. Die Systemkonkurrenz bestimmt letztendlich das Ausmaß, wie die Partnerschaft mit China konkret ausgestaltet werden kann und beeinflusst auch die Art und Weise des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit China.

Mit Sorge stellen wir fest, dass auch die COVID-19 Pandemie im Wettbewerb um globalen Einfluss, zum Beispiel mit Desinformationskampagnen, instrumentalisiert wird. Dabei macht gerade die Corona-Krise deutlich, dass kein Land dieser Herausforderung allein erfolgreich begegnen kann. Nur durch solidarisches Handeln können wir die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen

der Pandemie abfedern. Insofern begrüßen wir das verstärkte Engagement Chinas zur Zusammenarbeit in der WHO. Wir setzen darauf, dass verloren gegangenes Vertrauen durch transparentes Handeln wiederhergestellt wird. Wir fordern China auf, sich aktiv an der weltweit koordinierten Suche nach Impfstoffen und Behandlungsmöglichkeiten zu beteiligen und seine Ergebnisse zu teilen.

Im Falle einer grenzüberschreitenden Bedrohungslage, sei sie pandemischer, atomarer, biologischer oder chemischer Natur, muss es das Ziel der internationalen Gemeinschaft sein, Informationen vollständig und unzensiert auf direktem Wege miteinander zu teilen.

Die EU als Fundament einer sozialdemokratischen Politik gegenüber China

Für die deutsche Sozialdemokratie muss deutsche Politik gegenüber China Teil der EU-Politik sein und diese ergänzen. Die EU-China-Strategie 2016 und die gemeinsame Mitteilung »EU-China: Ein strategischer Ausblick« vom März 2019 sind dabei richtungsweisend. Wir begrüßen ausdrücklich die Entscheidung der Bundesregierung, die Beziehungen der EU zu China in ihrer EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 zum Schwerpunktthema zu machen. Im Mittelpunkt muss dabei die Frage stehen, wie die Kohärenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten gestärkt werden kann, um eine einheitliche Positionierung gegenüber China zu erreichen.

Der Hegemoniekonflikt zwischen den USA und China verschärft sich. Eine Bipolarisierung des internationalen Systems ist nicht im europäischen Interesse. Europa muss vermeiden, in eine Position einseitiger Abhängigkeit zu geraten. Dieser Hegemonialkonflikt zeigt sich am Entstehen voneinander getrennter US-amerikanischer und chinesischer Wirtschafts- und Technologiesphären. Sollte sich eine solche Entwicklung dennoch nicht vermeiden lassen, ist es um so wichtiger, die eigenen wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten zu stärken und damit die strategische Autonomie Europas zu vergrößern. Davon ungeachtet bleibt die transatlantische Werte- und Sicherheitsgemeinschaft auch in Zukunft der zentrale Anker unserer Stellung in der Welt. Innerhalb dieses Rahmens muss Europa aber lernen, seine eigenen Interessen gegenüber China, aber auch gegenüber den USA und Russland effektiver zu vertreten.

Weder die EU noch einzelne Mitgliedstaaten können ihre Ziele mit China ohne vollständige Einigkeit wirksam erreichen. Starke EU-Maßnahmen erfordern einen einheitlichen Ansatz. Vereinbarungen einzelner Mitgliedstaaten mit China im Rahmen der Belt-and-Road-Initiative (BRI) sowie die »17+1-Initiative« schwächen den Konsens innerhalb der EU über die Beziehungen zu China und erschweren koordinierte und effektive Maßnahmen. Chinas jüngste Inszenierungen gegenüber einer Vielzahl europäischer Staaten, sich als einziger handlungsfähiger Akteur in der COVID-19 Krise darzustellen, unterstreichen, wie dringlich ein Mehr an europäischer Zusammenarbeit und Geschlossenheit notwendig ist. Im Kreis der EU-Mitgliedsstaaten muss insbesondere Deutschland aktive Schritte unternehmen, um Einigkeit innerhalb der EU zu erzielen. Die im März 2019 beschlossene Einführung eines europäischen Screenings für Auslandsinvestitionen zur Stärkung des gemeinsamen Sicherheitsniveaus im Binnenmarkt und einer durchsetzungsfähigeren Industriepolitik gegenüber Drittländern wie China ist hier beispielhaft.

Ein gemeinsames europäisches Vorgehen in Fragen der Menschenrechte, der Handels- und Investitionspolitik, inklusive Sicherstellung von Arbeits- und Sozialschutzstandards, sowie der Umwelt- und

Klimapolitik muss das Ziel sein. Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Einführung einer Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit für bestimmte Themen kann hier prinzipiell hilfreich sein. Sofern gemeinsame Maßnahmen in wichtigen Punkten nicht erfolgreich sind, sollte Deutschland versuchen, eine führende Gruppe innerhalb der EU zu bilden, um geeignete Schritte zu unternehmen.

Frieden sichern: Internationale Sicherheit und Stabilität gemeinsam fördern

China will die globale Sicherheitsordnung des 21. Jahrhunderts aktiv mitgestalten und hat seine bisherige Zurückhaltung aufgegeben. Bei der Bewältigung globaler Herausforderungen ist China für Deutschland und die EU ein strategischer Partner. Wir erwarten, dass China seiner gewachsenen Verantwortung gerecht wird und sich zur Förderung internationaler Sicherheit und Stabilität einsetzt. Wir begrüßen Chinas Beitrag zum Atomabkommen mit dem Iran und sein Engagement für eine wirksame Umsetzung des Abkommens. Die langjährige Kooperation bei VN-Friedensmissionen in Afrika und das koordinierte Vorgehen der EU und Chinas in Anti-Piraterie-Missionen unterstreichen das Potenzial, in Konfliktregionen gemeinsame Lösungen zu finden. Wir ermutigen China, sich aktiv für eine friedliche Lösung des Konflikts auf der koreanischen Halbinsel einzusetzen.

Chinas globaler Führungsanspruch und sein wachsendes militärisches Potenzial sorgen bei seinen Nachbarländern für Nervosität. Während China in den Vereinten Nationen (VN) vermehrt für multilaterale und diplomatische Initiativen und Instrumente eintritt, verfolgt es insbesondere in unmittelbarer Nachbarschaft zumeist bilaterale Ansätze. Ziel ist es, den eigenen Größenvorteil und das sich daraus ergebende Potenzial eines »*divide et impera*«-Ansatzes voll auszuspielen. Mit Sorge betrachten wir Chinas Forderungen im Ost- und Südchinesischen Meer, die die internationale Rechtsordnung beeinträchtigen und die freie Schifffahrt auf bedeutenden Seewegen der Weltwirtschaft gefährden. Deutschland und die EU sollten die Bedeutung der Navigationsfreiheit konsequent unterstreichen und verstärkt multilaterale Ansätze zur Kooperation im asiatisch-pazifischen Raum unterstützen. Eine weitere Militarisierung der Region gilt es zu verhindern. Europäische Erfahrungen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) könnten hier ein Ansatz sein.

Chinas militärische Fähigkeiten wachsen. Bis 2050 will China über die technologisch fortschrittlichste Streitmacht verfügen. China entwickelt ein breites Arsenal modernster Waffensysteme, tritt vermehrt als Rüstungsexporteur auf und führt anspruchsvolle wehrtechnische Kooperationsprogramme wie mit Pakistan durch. Parallel dazu wird in Expeditionsfähigkeiten der Volksbefreiungsarmee (VBA) investiert, um Handelsinteressen, Investitionen und Ressourcen abzusichern. Exemplarisch ist hier die Einrichtung des ersten Übersee-Militärstützpunktes in Dschibuti 2017. Zudem nimmt China durch sein gewachsenes außen- und wirtschaftspolitisches Gewicht auch in Ländern außerhalb Asiens Einfluss auf Sicherheitsfragen; Venezuela ist ein Beispiel.

Im Bemühen, seine Streitkräfte zu modernisieren, konzentriert sich China vorrangig auf die Entwicklung seiner Anti-Access/Area-Denial-Funktionen (A2/AD). Hohe Prioritäten werden der militärischen Dimension der Raumfahrt und des Cyberspace eingeräumt. Seine Atomwaffensysteme modernisiert China in kleinen Stückzahlen. China besitzt ein geringes nukleares Abschreckungsdispositiv und ist bestrebt, Aggressionen mit einer gesicherten Zweitschlagfähigkeit abzuschrecken. Allerdings verfolgt

China eine ambitionierte asymmetrische Nuklearrüstung und stattet Unterseeboote mit strategischen Nuklearwaffen aus. In diesem Kontext rückt insbesondere der indo-pazifische Raum als Austragungsort geopolitischer Konkurrenz in den Fokus.

Wir Sozialdemokrat_innen fordern China auf, sich in der multilateralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur zu engagieren. Berechenbarkeit, Transparenz und Vertrauensbildung müssen gestärkt sowie neue militärische Fähigkeiten, Waffensysteme und Cyberfähigkeiten in Vereinbarungen einbezogen werden. Wir müssen mit China über konventionelle Abrüstung und multilaterale Rüstungskontrolle im Nuklearbereich sprechen. Der INF-Vertrag als Grundpfeiler der atomaren Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur muss wiederbelebt und um Länder wie China und Indien erweitert werden.

China ist eine Cyber-Supermacht und investiert umfassend in künstliche Intelligenz (KI), Quantentechnologie, Robotik und Humanressourcen. Chinesische Cyberfähigkeiten wirken sich direkt auf die deutsche und europäische Sicherheit aus. Wir fordern China auf, sich aktiv an der Stärkung internationaler Normen zu beteiligen, die ein verantwortungsvolles Miteinander im Cyberspace gewährleisten.

Mit der 2013 ins Leben gerufenen BRI versucht China insbesondere seine Stellung auf dem eurasischen Superkontinent auszubauen. Ziel ist neben der Modernisierung von Handelswegen, der Rohstoffgewinnung, der Schaffung neuer Absatzmärkte und des Exports industrieller Überkapazitäten der Gewinn an Einfluss in Nachbarregionen und darüber hinaus. Dabei können jedoch Interessenkonflikte mit Indien, Russland, den USA, und Europa entstehen. Jüngst ist die Initiative ins Stocken geraten: Neben einer Drosselung von Kapitalabflüssen, die eine Vielzahl von BRI-Projekten betrifft, werden in China selbst Stimmen laut, die auf zu hohe Investitionsrisiken und mögliche Kreditausfälle hinweisen. Befürchtungen, die sich im Zuge der COVID-19 Pandemie bewahrheiten. Immer mehr Zielländer kritisieren Chinas Konditionen und haben riskante Projekte aufgekündigt oder neu verhandelt.

Wir sehen in der BRI durchaus einen Beitrag zur Entwicklung wichtiger Infrastrukturen und der internationalen Konnektivität, allerdings betrachten wir mit Sorge, dass China diese Initiative immer stärker zur Durchsetzung seiner eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen einsetzt. Sozialdemokrat_innen begrüßen den Beitrag der BRI zur Entwicklung der Partnerländer, fordern China aber auf, verbindliche Kriterien guter Regierungsführung wie Rechtsstaatlichkeit, Korruptionskontrolle und Schutz der Menschenrechte sowie Schuldentragfähigkeit zu beachten. Auch sollten im Rahmen der BRI-Projekte internationale Umwelt- und Biodiversitätsstandards eingehalten werden. Einher geht damit unsere Erwartungshaltung an China in Bezug auf die Ratifizierung weiterer Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). So hat China von den acht ILO-Kernarbeitsnormen bisher nur vier ratifiziert. Nicht ratifiziert sind die Konventionen zur Zwangsarbeit und zur Abschaffung der Zwangsarbeit, zur Vereinigungsfreiheit und zum Schutz des Vereinigungsrechts sowie zum Recht auf Kollektivverhandlungen. Mit der Annahme der ILO-Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit (1998) sollten wir jetzt schon von China erwarten, dass es sich der Umsetzung aller Kernarbeitsnormen verpflichtet fühlt und diese umsetzt. Bedenklich ist ferner, dass bisher ein beachtlicher Anteil der von China für die BRI zur Verfügung gestellten Mittel in die Finanzierung von fossiler Energiegewinnung fließt. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, hat dies erhebliche Auswirkungen auf die internationalen Klimaschutzanstrengungen.

Auch in unmittelbarer Nachbarschaft der EU hat China seinen Einfluss durch Handels- und Investitionstätigkeiten ausgeweitet. Die EU muss sich entsprechend noch stärker für die Entwicklung, Stabilität und Sicherheit in den Ländern ihrer unmittelbaren Nachbarschaft engagieren. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die EU ihre Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik wirksamer vorantreibt, um die Widerstandsfähigkeit ihrer Partner zu stärken und die Einhaltung der Werte, Normen und Standards der EU sicherzustellen. Vor allem die Stabilisierung und Anbindung des Westbalkans liegen im unmittelbaren europäischen und deutschen Interesse. Wenn die EU dem westlichen Balkan den Rücken kehrt, überlässt sie das Feld anderen Akteuren. Die EU muss sich stärker auf die Lancierung von Infrastrukturprojekten fokussieren und ihre Angebote im Bereich technischer Hilfe und beim Institutionenaufbau ausbauen. Über die Instrumente für das auswärtige Handeln im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen der EU bedarf es einer raschen Einigung.

Über die Nachbarschaft hinaus stellt die EU-Strategie zur Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien den Rahmen für eine konstruktive Zusammenarbeit mit Drittländern – einschließlich China – in den Bereichen Verkehr, Energie und digitale Konnektivität dar. Die 2016 geschaffene Konnektivitätsplattform EU-China zur Koordinierung europäischer Infrastrukturmaßnahmen mit der BRI bietet die Möglichkeit, diese Zusammenarbeit zu stärken.

Globale Herausforderungen gemeinsam bewältigen: Wirksamer Multilateralismus und transparente Entwicklungszusammenarbeit

Innerhalb des multilateralen Systems ist China um eine durchsetzungsfähigere Rolle bemüht. Wir begrüßen Pekings wachsendes Engagement bei der Finanzierung der Vereinten Nationen, Chinas Beiträge zu VN-Friedensmissionen sowie die konstruktiven Schritte zur Lösung globaler Herausforderungen wie bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Schutz der Biodiversität. Mit Sorge betrachten wir dagegen Chinas Menschenrechts-, Handels- und Entwicklungspolitik.

Dass ein mächtigeres China innerhalb des multilateralen Systems ein größeres Mitspracherecht anstrebt, ist nachvollziehbar. Im Zuge legitimer Forderungen nach Reformen der globalen Governance, ist und war China jedoch nicht immer bereit, neue Regeln zu akzeptieren, die mit stärkerer Verantwortung und Rechenschaftspflicht einhergehen. Vielmehr nutzt China das multilaterale System selektiv und bemüht sich um die Einführung von Normen und Werten, die die bestehende regelbasierte internationale Ordnung entgegen unseren Vorstellungen verändern würden. Neben der Veränderung des multilateralen Systems von innen baut China alternative multilaterale Organisationen und Initiativen auf, um sich größere Verhandlungsspielräume gegenüber bestehenden Institutionen zu schaffen. Exemplarisch stehen neben der BRI hier die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) oder die New Development Bank (NDB). Obwohl Institutionen wie die AIIB multilateral organisiert sind, können sie zumindest im regionalen Maßstab den Ausgangspunkt für ein alternatives Ordnungssystem bilden.

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit hat sich China vom Empfänger- zum Geberland gewandelt. China versucht inzwischen sein autoritäres Entwicklungsmodell, mit dem fast 800 Millionen Menschen innerhalb von vier Jahrzehnten erfolgreich aus absoluter Armut befreit werden konnten, den Entwicklungsländern als attraktives Vorbild nahezubringen. Diesem autoritären Modell muss

Europa sein eigenes demokratisches Modell entgegensetzen. Hierzu ist es dringend notwendig, die Entwicklungskooperation insbesondere mit den Staaten Afrikas deutlich auszubauen.

Mit Sorge betrachten wir auch die Art und Weise der chinesischen Entwicklungsfinanzierung, die deutlich von den OECD/DAC-Regeln abweicht. Finanzierungen bestehen maßgeblich aus Wirtschaftsjahren, die durch zinsgünstige Handelskredite chinesischer Banken finanziert und von chinesischen Unternehmen durchgeführt werden, mit oft geringer nachhaltiger Wertschöpfung in Nehmerländern. Hochverschuldete arme Länder können Rückzahlungen häufig nicht mehr leisten. Darüber hinaus erschwert die fehlende Transparenz der chinesischen Finanzierungen anderen Gebern und Investoren, die Schuldenlast von Staaten richtig einzuschätzen.

Wir Sozialdemokrat_innen fordern von China angesichts seiner beträchtlichen Investitionen ein stärkeres Engagement als Geber öffentlicher Entwicklungshilfe und als verlässlicher Partner in multilateralen Foren zur Bewältigung globaler Herausforderungen.

Wir begrüßen Chinas Beitrag zum Prozess der Agenda 2030 und der Einigung auf die Sustainable Development Goals (SDGs). Um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen, ist eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit unerlässlich.

Werte wahren, Menschenrechte einfordern, Rechtsstaatentwicklung kritisch begleiten

Das Modell eines demokratischen Rechtsstaats steht weltweit unter Druck. Demokratische Staaten müssen sich im Wettstreit der Systeme aktiv für die Bewahrung ihrer Werte einsetzen.

Wir erkennen die Fortschritte Chinas bei den wirtschaftlichen und sozialen Rechten an. Mit großer Sorge stellen wir jedoch fest, dass sich die Lage hinsichtlich politischer und bürgerlicher Rechte in den vergangenen Jahren weiter verschlechtert hat. Das Justizsystem ist nicht unabhängig und die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) hat ihre Kontrolle über alle Teile der Gesellschaft erheblich gestärkt. Menschenrechte wie Meinungs-, Presse-, Vereinigungs-, Demonstrations- und Religionsfreiheit sind massiv eingeschränkt. Die Medien werden zur Meinungskontrolle und digitale Techniken zur Überwachung eingesetzt. Der Raum der Zivilgesellschaft schrumpft weiter. Statistiken über Hinrichtungen werden weiterhin als Staatsgeheimnis eingestuft. Einschränkungen von Religion und Freizügigkeit sind weit verbreitet. Und wir betrachten mit großer Sorge, dass sich mit der Ein-Kind-Politik und einer systematischen Tötung weiblicher Föten und Babys in China patriarchale Machtstrukturen unter den Geschlechtern manifestiert haben.

Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in den Regionen Tibet und Xinjiang betrachten wir mit Sorge. Besonders beunruhigend sind die massiven Repressionen gegenüber den uigurischen Muslim_innen und anderen Minderheiten in Xinjiang. Mehr als eine Million Uiguren wurde in »Internierungslager« gezwungen und zur Zwangsarbeit verpflichtet. Uns beunruhigt, dass in Konflikten mit anderen Ländern das chinesische Justizsystem genutzt wird, um Ausländer_innen verschiedenen Formen des Drucks und Verhaftungen auszusetzen. In einzelnen Fällen hält sich China nicht uneingeschränkt an internationale Vereinbarungen des konsularischen Zugangs.

Die aktuellen Entwicklungen in der Sonderverwaltungszone Hongkong betrachten wir mit großer Sorge. Unverhältnismäßige Polizeigewalt gegen Demonstranten, Verurteilungen von Aktivisten zu hohen Freiheitsstrafen und das kürzlich verabschiedete nationale Sicherheitsgesetz machen deutlich,

dass die bis 2047 garantierte Autonomie Hongkongs gefährdet ist. Für uns Sozialdemokrat_innen muss das Prinzip »Ein Land – zwei Systeme«, das im Hongkonger Grundgesetz und in internationalen Abkommen verankert ist, gewahrt bleiben. Deutschland und die EU besitzen ein starkes Interesse am Erhalt der Aufrechterhaltung der Autonomie Hongkongs, der Freiheiten seiner Bürgerinnen und Bürger und an seiner wirtschaftlichen und politischen Stabilität.

Wir unterstützen die Politik der Bundesregierung gegenüber Taiwan. Zu einseitigen Änderungen des Status quo durch die Volksrepublik China oder einer gewaltsamen Auseinandersetzung in der Taiwan-Straße darf es nicht kommen. Taiwan hat sich seit dem Ende des Ausnahmezustandes 1987 zu einer lebendigen Demokratie gewandelt und ist Deutschlands fünftwichtigster Handelspartner in Asien. Im Rahmen der Ein-China-Politik setzen wir Sozialdemokrat_innen uns für eine stärkere Einbindung Taiwans in internationale Organisationen ein und sind bestrebt, die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zu Taiwan weiter zu fördern.

Auf multilateraler Ebene fordert China die Bemühungen um die Achtung der Menschenrechte immer stärker heraus. Es versucht die Finanzierung des VN-Systems für Menschenrechte einzuschränken, erkennt die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs nicht an und gewährt internationalen Gremien keinen uneingeschränkten Zugang zur Prüfung von Menschenrechten. Diskursmächtig verlagert China den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Rechte und fördert das Prinzip der Souveränität. Individuelle Rechte werden als weniger bedeutsam angesehen. Nationalstaaten sollen sich nicht gegenseitig in »innere Angelegenheiten« einmischen. China ist mit diesem Ansatz im Menschenrechtsrat zunehmend erfolgreich. Botschaften über die Bedeutung von »gegenseitigem Respekt« und »konstruktiver Zusammenarbeit« anstelle von Rechenschaftspflichten und Rechten des Einzelnen sind für VN-Mitgliedstaaten attraktiv, die unter politischem und wirtschaftlichem Druck Chinas stehen – auch in Europa.

Für Deutschland ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Menschenrechtsverletzungen in China weiterhin sehr deutlich anzusprechen – sei es bilateral wie im Rechtsstaat- und Menschenrechtsdialog oder multilateral in Zusammenarbeit mit der EU und gleichgesinnten Partnern. Das gilt auch verstärkt für den digitalen Bereich. Deutschland und die EU müssen sich auf multilateraler Ebene dafür einsetzen, dass das Recht auf Zugang zu elektronischen Netzwerken, das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht auf Privatsphäre auch im digitalen Zeitalter Ausdruck findet.

Für eine faire und gerechte Handels- und Investitionspolitik: Offenheit und Transparenz stärker einfordern

China hat damit begonnen, sein exportabhängiges Entwicklungsmodell auf eine solidere Basis zu stellen. IT- und wissensbasierte Innovationen sowie ein verstärkt auf Privatinitiativen setzendes Wirtschaftsmodell sollen den unprofitablen Staatssektor als Zugpferd der wirtschaftlichen Entwicklung ablösen und Binnenkonsum wie Wettbewerbsfähigkeit stärken. Zur Verwirklichung dieser Ziele steht in Chinas staatlich gelenkter Industrie- und Wirtschaftspolitik neben der BRI die Initiative »Made in China 2025« (MiC2025) im Mittelpunkt. Mit der MiC2025 will China in zehn strategischen Hochtechnologie-sektoren bis 2049 eine globale Vormachtstellung erlangen – durch umfangreiche staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung, Akquisition ausländischer Hightech-Unternehmen sowie Zugangsberechtigungen zum chinesischen Markt im Austausch für Technologietransfers. Ziel ist es

nicht nur, Innovationen zu fördern, sondern auch Produktionsprozesse zu kontrollieren und Lieferketten zu sichern.

Um Zugang zu Wissen und Schlüsseltechnologien zu erhalten, betreibt China eine aktive Investitionspolitik und schreckt auch vor Wirtschaftsspionage nicht zurück. Unternehmen von strategischem Wert wurden aufgekauft, um Technologie nach China zu transferieren – ein Vorgehen, das in der EU eine Sicherheitsdebatte auslöste. Wir begrüßen, dass eine längst überfällige Debatte unter den EU-Mitgliedstaaten über eine tiefgreifende europäische Industriestrategie entstanden ist, die Handels- und Wettbewerbsinstrumente schärft und auf gemeinsame Werte wie Datenschutz, Klimaschutz und fairen Wettbewerb setzt.

In keinem Politikfeld pflegen Deutschland und China so enge Beziehungen wie in Wirtschaft und Handel. Deutschland ist Chinas größter europäischer Handelspartner. Umgekehrt war China 2019 bereits zum vierten Mal in Folge Deutschlands größter Handelspartner und ist ein zentraler Absatzmarkt für deutsche Produkte. Weiterhin liegt für deutsche und europäische Unternehmen jedoch kein gleichwertiger Marktzugang vor. Chinas Ordnungspolitik widerspricht unseren Vorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft. Die chinesische Wirtschaft wird durch umfangreiche staatliche Interventionen geschützt, die europäischen Unternehmen den Marktzugang erschweren: selektive Marktöffnung, Investitionsbeschränkungen, hohe Subventionen für staatliche wie private Unternehmen, die Abschottung des Beschaffungsmarktes oder Zugangsbeschränkungen zu staatlich finanzierten Programmen.

Ausländische Unternehmen müssen immer strengere Regeln im IT-Bereich beachten. Angekündigte Reformen seitens Chinas, wie die Aufhebung von Joint-Venture-Anforderungen auf dem Versicherungsmarkt, erweisen sich als langsam und selektiv. Europäische Unternehmen unterliegen beim Zugang zum chinesischen Markt weiterhin in großem Umfang der Gründung von Joint Ventures mit lokalen Unternehmen oder der Weitergabe von Schlüsseltechnologien an chinesische Partner.

Weitere Faktoren ungleicher Wettbewerbsbedingungen sind Chinas Dumpingpraktiken und sein Status als Entwicklungsland in der Welthandelsorganisation (WTO), der zu einer differenzierten Behandlung berechtigt. Die Erwartungen an Chinas Beitritt zur WTO im Jahr 2001 wurden nur unzureichend erfüllt. Statt gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, stellt China neue Zugangsbeschränkungen auf. So hält China die Regeln der WTO für geistiges Eigentum nicht ein: Ausländische Patentinhaber_innen werden gegenüber ihren chinesischen Kolleg_innen nicht gleichberechtigt behandelt. Zudem haben viele Nachahmerprodukte, deren Vielzahl den freien Handel beeinträchtigt und Sicherheitsstandards gefährdet, ihren Ursprung in China.

Deutschland und die EU müssen sich zum Ziel setzen, diese Asymmetrien in den Handelsbeziehungen aufzulösen. Wir Sozialdemokrat_innen setzen uns dafür ein, dass die WTO reformiert und modernisiert wird. Wir wollen ein berechenbares und faires multilaterales Welthandelssystem, gerade vor dem Hintergrund sich verändernder globaler Kräfteverhältnisse und eines aufkommenden Protektionismus. Wir sehen China als Handelspartner. Dabei spielen die Regeln der Fairness und positiven Reziprozität für uns Sozialdemokrat_innen eine sehr wichtige Rolle. Wir dulden es nicht, wenn durch Maßnahmen oder negative, reziproke Handlungen demokratische Konzepte im Hintergrund verschwinden. Deutschland und die EU sollten weiterhin das Ziel verfolgen, China vollständig in das regelbasierte Welthandelssystem zu integrieren und bei der Fortschreibung internationaler Handelsregeln im Rahmen der WTO-Reform einzubeziehen.

Um die Verhandlungsposition der EU gegenüber China zu stärken, sollten die Wettbewerbsbedingungen durch europäische Instrumente wie das Wettbewerbsrecht und den Rahmen für staatliche Beihilfen angeglichen werden. China fordern wir auf, die seit 2013 laufenden Verhandlungen über ein umfassendes Investitionsabkommen mit der EU zügig abzuschließen.

Parallel hat die COVID-19 Pandemie verdeutlicht, dass sich Deutschland und die EU in Fragen von Schlüsseltechnologien und kritischen Rohstoffen nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben dürfen. Eine aktive und strategische europäische Industriepolitik, die Forschung und Entwicklung mit der Produktion hin zu einer starken Wertschöpfungskette und einer nachhaltigen Rohstoffpolitik verknüpft, ist unerlässlich. Chinesische Unternehmen sollten – ebenso wie europäische – verpflichtet werden, international vereinbarte Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in ihren transnationalen Wertschöpfungsketten einzuhalten. Ein künftiges europäisches Lieferkettengesetz muss perspektivisch auch durch internationale Regelungen ergänzt und durchgesetzt werden und chinesische Unternehmen einbeziehen.

Ein digital souveränes Europa

In kürzester Zeit ist China zu einem zentralen globalen Akteur in Forschung, Innovation und technologischer Entwicklung aufgestiegen. In einer Vielzahl technologischer Bereiche befindet sich China auf Augenhöhe mit den Industrieländern. In Bereichen wie Künstliche Intelligenz (KI) oder Quanten-Computer ist China in die Weltspitze vorgerückt. Allerdings zieht China bei den Hochtechnologien und im KI-Bereich nicht wirklich an Deutschland vorbei. Ein triftiger Grund dafür: In China fehlt der industrielle Mittelstand, der unsere deutsche Wirtschaft stark macht. Der Ausbau digitaler Infrastruktur, der boomende E-Commerce- und Dienstleistungssektor, die Nutzbarmachung von KI und der Aufbau von High-Tech-Kapazitäten sollen Chinas Wirtschaftswachstum von den Städten auf das ganze Land ausweiten und langfristig auch auf globaler Ebene verankern.

Der rasante technologische Fortschritt ist das Ergebnis umfassender staatlicher Investitionen. China ist es über die Jahre gelungen, sich Technologien und Know-how ausländischer Unternehmen anzueignen und strategische Akquisitionen ausländischer Unternehmen mit modernsten Technologien zu tätigen. Der Zugriff auf umfangreiche Datenmengen in Kombination mit Supercomputerkapazitäten und Algorithmen für KI verschafft China einen strategischen Vorteil. Zwar ist Chinas digitale Sphäre sprachlich und regulatorisch stark vom Rest der Welt isoliert, dafür aber sehr groß und sprachlich wie regulatorisch homogen. Diese Faktoren haben neben der staatlichen Digitalisierungsstrategie zur Entstehung großer chinesischer Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche (IKT) beigetragen, die heutzutage maßgeblich die Digitalisierung auf globaler Ebene mitgestalten.

China versucht eine führende Rolle bei der Gestaltung der Standards für die Technologie von morgen einzunehmen; mit Folgen für Europas digitale Souveränität. Internationale Normen und Standards für Technologien wie Blockchain oder 5G gestaltet China mit und besetzt Leitungspositionen in internationalen Normungsgremien. Zugleich nutzt Chinas politische Führung die neuen Big-Data- und KI-gestützten Technologien zur Ausweitung der Überwachung der Bevölkerung. Neben der Zensur von On-

line-Kommentaren oder der Lenkung von Diskursen in sozialen Netzwerken sind offline neben allgegenwärtigen Überwachungskameras insbesondere die »Social-Credit-Systeme« prägend. Die konkrete Ausgestaltung dieser Systeme variiert stark; allen ist jedoch der Anspruch gemein, das Verhalten der Bürger_innen zu lenken, „gutes“ Verhalten zu belohnen und „schlechtes“ Verhalten zu bestrafen.

Chinas Digitalisierungsstrategie und sein Verständnis von Grundwerten und Standards haben direkte Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und die Sicherheit Europas. Deutschland und die EU müssen Sorge tragen, nicht in ungewollte Abhängigkeiten zu geraten. Umfassende digitale Souveränität kann nur mit einem europäischen Ansatz erreicht werden. Es gilt die Hoheit über die Technik europäischer Netzwerke zu behalten, was die Fähigkeit voraussetzt, kritische digitale Infrastruktur selbst zu schaffen und zu betreiben sowie den Zugriff außereuropäischer Akteure auf kritische Infrastrukturen zu unterbinden.

Kaum einer anderen Technologie werden aktuell so weitreichende Veränderungspotenziale zugeschrieben wie der Einführung von 5G-Mobilfunkangeboten und des superschnellen Internet der nächsten Generation. Chinesische Unternehmen befinden sich hier auf Augenhöhe mit europäischen Firmen und spielen in den internationalen Standardisierungsgremien eine wichtige Rolle. Die Sicherheit der digitalen Infrastruktur ist eine Frage der nationalen und europäischen Sicherheit. Die Entscheidung, wer am Aufbau kritischer Infrastruktur beteiligt werden darf, ist für uns Sozialdemokrat_innen eine politische Frage, die von politisch legitimierten Entscheidungsträger_innen zu treffen ist. Neben der laufenden technischen Überprüfung von Sicherheitsaspekten sind auch politische Genehmigungsvorbehalte durch politisch legitimierte Organe wichtig. Dazu müssen im IT-Sicherheitsgesetz und im TKG die notwendigen Regelungen getroffen werden.

Europäische Unternehmen und staatliche Einrichtungen waren bereits häufig Opfer von Wirtschaftsspionage und Cyberkriminalität, deren Spuren in die Volksrepublik China führen. Die Privatsphäre, Sicherheit und Rechte von europäischen Bürger_innen müssen vor Eingriffen ausländischer Akteure geschützt werden. Dies gilt auch für Unternehmen, die Daten über EU-Bürger_innen und andere Personen in der EU sammeln und nutzen könnten.

Für uns Sozialdemokrat_innen ist und sollte Europa immer ein Verfechter der internationalen Kooperation, des freien Datenflusses und des fairen Handels sein. Es geht nicht darum, außereuropäische Unternehmen vom digitalen Binnenmarkt auszuschließen. Im Mittelpunkt des digitalen Wandels muss aber ein technologisch souveränes Europa stehen, das persönliche Freiheiten garantiert und einseitige Abhängigkeiten von fremder Hardware, Software und Dienstleistung reduziert.

Herausforderungen des Klimawandels gemeinsam bewältigen

China spielt im Bereich des Klimawandels eine Schlüsselrolle. Wir begrüßen Pekings Rolle beim Zustandekommen der im Pariser Abkommen festgelegten Klimaziele. Mit derzeit rund 27 Prozent ist China weltweit der größte Kohlendioxidemittent; und das Emissionsvolumen steigt. Ein nicht unerheblicher Teil entsteht dabei in der Produktion von Konsumgütern für Industrieländer. Vor diesem Hintergrund ist Chinas Skalierbarkeit für die Erreichung dieser Ziele von entscheidender Bedeutung.

Allerdings bleibt China – ebenso wie Deutschland und die EU – hinter seinen klimapolitischen Möglichkeiten zurück. Chinas Klimaziele sind keineswegs ambitioniert, da es sich trotz der Wohlstandsgewinne der letzten Jahrzehnte auf den Status als Entwicklungsland beruft.

Über die letzten Jahre ist in China ein starkes Bewusstsein für die gravierenden Umweltprobleme erwachsen. Der Kampf gegen die Luftverschmutzung hat vor allem durch den Druck der urbanen Mittelschichten an politischem Gewicht gewonnen. Zentral- und Provinzregierungen treiben den Umstieg auf sauberere Energien und Transportmittel massiv voran. Die Umsetzung einer klimaverträglichen Industrieproduktion und der damit verbundene Strukturwandel stellen China angesichts der wachsenden Ungleichgewichte im Wirtschaftsmodell – verstärkt durch Handelsdispute mit den USA und der COVID-19-Pandemie – vor große Herausforderungen.

In der Förderung der internationalen Klimaschutzmaßnahmen spielt China als weltweit größter Investor in erneuerbare Energien und nachhaltige Mobilität eine entscheidende Rolle. Für Deutschland und die EU ist China daher ein strategischer Partner. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft, Stadtentwicklung, nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologien oder bei einer nachhaltigen Finanzierung, um private Kapitalflüsse in eine nachhaltigere und klimaneutrale Wirtschaft zu lenken, ist erstrebenswert. Zugleich betrachten wir Sozialdemokrat_innen mit Sorge, dass Chinas Entwicklungsbanken rund ein Viertel der außerhalb Chinas im Bau befindlichen Kohlekraftwerke finanziert – vor allem im Rahmen der BRI.

China ist weltweit der größte Importeur von Öl, Gas und Kohle als auch Produzent und Verwender von Metallen. China generiert rund 70 Prozent der abgebauten Seltenen Erden und kontrolliert mehr als 90 Prozent des weltweiten Marktes für Materialien, die in Magneten und Motoren zum Betrieb von Telefonen, Elektrofahrzeugen oder militärischer Hardware verwendet werden. Sollte China zu der Ansicht gelangen, dass seine geopolitischen Interessen die wirtschaftlichen Interessen überwiegen, könnten einseitige Abhängigkeiten ein strategisches Risiko darstellen. Die Kreislaufwirtschaft kann dabei helfen, diese einseitigen Abhängigkeiten zu reduzieren.

Das ursprünglich für September in Leipzig geplante und nun verschobene Treffen der EU-Führungsspitzen mit dem chinesischen Präsidenten bietet die Chance, dass sich die EU und China im Schulter-schluss proaktiv für mehr Klima- und Umweltschutz positionieren.

Bildung, Forschung und Kultur: vielfältiger und dynamischer Austausch, erschwerte Rahmenbedingungen

Chinas internationale Bedeutung nimmt auch im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich zu. Für Deutschland und die EU ist China im Bereich Bildung und Forschung ein wichtiger Partner. Mittlerweile studieren rund 43.000 Studierende aus China in Deutschland, promovieren und arbeiten wissenschaftlich auch an außeruniversitären Einrichtungen. China schärft sein Profil als Wissenskraftwerk der Zukunft und tätigt hohe Investitionen in der Hochschulbildung. Für deutsche und europäische Hochschulen ist es wichtig, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten und ihre Partnerschaften mit China fortzusetzen. Kooperationen auf diesem Feld können eine wichtige Brücke in die chinesische Zivilgesellschaft sein. Sie sollten auch genutzt werden, um für unsere Vorstellungen von einer offenen, demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft zu werben.

Der Einfluss des chinesischen Staates auf chinesische Akteure in den Bereichen Bildung und Forschung ist deutlich größer als in der EU. Die KPCh und die Sicherheitsorgane wachen darüber, dass wissenschaftliche Publikationen und Äußerungen von Wissenschaftler_innen mit der offiziellen Linie des »Sozialismus chinesischer Prägung in der neuen Ära« in Übereinstimmung stehen. Für deutsche und europäische Akteure ist es wichtig, sich dessen im Umgang mit China bewusst zu sein und ein Gleichgewicht zwischen Chancen und möglichen Nachteilen wie unerwünschtem Technologie- und Wissenstransfer herzustellen.

Mit Sorge stellen wir fest, dass das Gleichgewicht in der Bildungs- und Forschungskooperation verstärkt ins Wanken gerät. Einseitiger Abfluss von wissenschaftlichem sowie innovations- oder sicherheitsrelevantem Know-how nehmen zu. Hinzu kommt auf chinesischer Seite eine wachsende Verschmelzung ziviler und militärischer Forschungsaktivitäten. China verbindet Forschung, Behörden und Unternehmen eng mit seinen Streitkräften, um zivile Ressourcen für militärische Zwecke einzusetzen. Der unerwünschte Wissenstransfer aus der EU nach China in Bereichen wie Big-Data-Forschung oder neue Technologien mit möglichem doppeltem Verwendungszweck wie KI oder Quantentechnologie kann ein Risiko für die nationale Sicherheit darstellen.

Wir begrüßen, dass der kulturelle Austausch zwischen Deutschland, Europa und China über die Jahre enger und reichhaltiger geworden ist. Der interkulturelle Dialog und Austausch auf kultur- und bildungspolitischer Ebene bildet ein stabiles Fundament für nachhaltige internationale Beziehungen - vor allem mit China, dessen außenpolitische Soft Power zu einer wichtigen Ressource geworden ist. Deshalb müssen wir die deutschen und europäischen Mittlerorganisationen unserer auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik noch stärker fördern, so dass sie unabhängige und demokratie-relevante Arbeit zwischen den Gesellschaften leisten können. Dabei spielen auch die Partner- und Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wie die politischen Stiftungen und das Goethe-Institut eine besonders bedeutende Rolle.

Mit Sorge betrachten wir aber, dass der chinesische Staat verstärkt Einfluss im Kulturbereich nimmt und auf Instrumente der Zensur zurückgreift, auch vermehrt gegenüber ausländischen Künstler_innen. Dies steht im Widerspruch zu unserem Verständnis von künstlerischer Freiheit. Wir setzen uns dafür ein, dass chinesische Kultur und Sprache in deutschen Schulen und Universitäten vermittelt wird. Deutschland profitiert von guten Beziehungen zu China. Sprach- und Kulturverständnis sind für diese Zwecke unerlässlich. Gleichzeitig erfordert es besondere Wachsamkeit und ein klares Regelwerk gegenüber unerwünschten Einflüssen.

Ein souveränes Europa in Zeiten globaler Umbrüche und wachsender Großmächterivalität

Chinas rasanter Wandel hat schon in den vergangenen Jahren immer wieder eine Anpassung unserer Beziehungen erfordert. Chinas Aufstieg als zentraler globaler Akteur, der Hegemoniekonflikt mit den Vereinigten Staaten, und die daraus resultierenden Erschütterungen der Weltordnung zwingen uns den Platz Europas in der Welt neu zu bestimmen.

Chinapolitik ist im 21. Jahrhundert mehr als nur die Gestaltung der Beziehungen mit Peking. Unsere vielfältigen wirtschaftlichen, technologischen, politischen und kulturellen Berührungspunkte auf allen gesellschaftlichen Ebenen sind längst Teil der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland

geworden. China-Politik kann nicht länger bilateral gedacht werden. Wir müssen lernen, unsere Beziehungen zu China vor dem Hintergrund der geopolitischen und geoökonomischen Herausforderungen souverän und flexibel zu gestalten.

Für uns Sozialdemokrat_innen muss eine starke, soziale und handlungsfähige EU Ausgangspunkt deutschen Handelns sein. Wir müssen uns für starke EU-Institutionen mit wirksamen Instrumenten und Sanktionsmechanismen einsetzen. Ein starkes und souveränes Europa kann im Wettbewerb mit China und anderen Großmächten bestehen, und zugleich die Partnerschaft auf Augenhöhe mit Peking gestalten. Dazu müssen die Europäer aber mit einer Stimme sprechen. Die EU darf sich in einem schwieriger werdenden geopolitischen Umfeld nicht auseinanderdividieren lassen. Die Koordinierung der deutschen und europäischen Beziehungen zu China muss verbessert werden. Ziel unserer Anstrengungen muss die Stärkung der Souveränität Europas sein.

Unser Grundsatz muss sein: »Wo möglich öffnen, wo nötig schützen«. Handel und Investitionen, Forschungskooperation und Kulturaustausch bieten nicht nur Chancen, sondern können auch Risiken bergen. Um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen, müssen Chinas Ankündigungen von Reformen Taten folgen.

Das bedeutet für unser politisches Handeln:

- Deutschland und die EU müssen sich dafür einsetzen, dass China als ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt und mehr Verantwortung für eine regelbasierte multilaterale Zusammenarbeit übernimmt.

Die praktische Zusammenarbeit mit China auf VN-Ebene sollte vertieft werden. Mögliche Themen sind Friedenskonsolidierung, Gleichstellungsbemühungen, Entwicklungsfinanzierung, nachhaltige globale Lieferketten und internationale Arbeitsstandards, die Agenda 2030 sowie Klimafragen. Neben der Stabilisierung und Reformierung bestehender multilateraler Institutionen sollten Deutschland und die EU gemeinsam mit China neue Foren für bislang ungenügend geregelte Bereiche wie den Cyberspace, den Weltraum und die Weltmeere schaffen.

- Deutschland und die EU sollten sich dafür einsetzen, dass sich China aktiv an multilateraler Rüstungskontrolle beteiligt. Gemeinsam mit seinen Bündnispartnern sollte Deutschland das rasant wachsende militärische Potenzial und geopolitische Agieren Chinas aufmerksam beobachten und eine ausgewogene Strategie als Antwort darauf entwickeln.

Im Rahmen von VN-Friedenssicherungseinsätzen sollte Deutschland weiterhin mit chinesischen Verteidigungskräften zusammenarbeiten. Weitere militärische Kontakte sollten mit Blick auf das EU-Waffenembargo und die Interessen Deutschlands sorgfältig geprüft werden.

Deutschland und die EU sollten sich bemühen, mit China eine Verständigung über Grundprinzipien der Militärhilfe zu finden: zivile Kontrolle, Achtung der Menschenrechte, Transparenz bei der Waffenweitergabe. Falls chinesisches Engagement zu mehr Konflikten, Ressourcenkonkurrenz und Korruption führt, darf Europa nicht zögern, Chinas Politik deutlich zu kritisieren.

- Für eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung ist es wichtig, dass China die Pariser Erklärung unterstützt, mit der OECD/DAC zusammenarbeitet und die ODA-Kriterien einhält. Deutschland und die EU sollten China dazu drängen, sich aktiv an einer Schuldenreduzierung für hoch verschuldete Entwicklungsländer zu beteiligen und bei ihrer zukünftigen Entwicklungsfinanzierung die Schuldentragfähigkeit der Partnerländer zu berücksichtigen.
- Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit müssen elementarer Bestandteil in allen Bereichen der deutschen und europäischen Zusammenarbeit mit China sein.

Auf multilateraler Ebene müssen Deutschland und die EU weiterhin an den Grundsätzen der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte festhalten und sich Versuchen entgegenstellen, die diese infrage stellen.

China bleibt aufgefordert, allen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang ein Ende zu setzen, die Internierungslager zu schließen, Zwangsarbeit abzuschaffen und die sprachlichen, kulturellen, religiösen und weiteren Grundrechte der Uigur_innen zu wahren.

Deutsche und europäische Unternehmen, die in China aktiv sind, müssen ihren Sorgfaltspflichten bei Menschenrechten, Umweltschutz und Arbeits- und Sozialstandards nachkommen. Um dies zu erreichen, sollten Deutschland und China ihren Dialog über nachhaltige globale Lieferketten sowohl im bilateralen Verhältnis als auch in multilateralen Foren intensivieren.

- Das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ muss weiter geachtet und das nationale Sicherheitsgesetz zurückgezogen werden. Wir fordern zudem, dass ein unabhängiges Gremium die Polizeigewalt in Hongkong untersucht.
- Deutschland sollte gemeinsam mit der EU darauf drängen, dass China sich aktiver an der Reformdiskussion über die WTO beteiligt. Chinas Sonder- und Differenzialbehandlung in der WTO muss sich an den Entwicklungsstand des Landes anpassen. WTO-Regeln hinsichtlich Industriesubventionen und Technologietransfer müssen verschärft werden.

Deutschland muss sich weiterhin für einen verbesserten Zugang zum chinesischen Markt einsetzen. Ziel muss es sein, im Rahmen der EU ein Investitionsabkommen mit China abzuschließen. Gleichzeitig sollten bestehende Instrumente im EU-Wettbewerbsrecht weiterentwickelt werden, um Europas Position in der Handels- und Investitionspolitik zu stärken.

- Die Zusammenarbeit zwischen deutschen Behörden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen muss verstärkt werden, um Risiken für die nationale Sicherheit deutlich zu machen. Informationssymmetrien sollten durch regelmäßiges Monitoring der chinesischen Forschungs- und Innovationslandschaft reduziert werden.

Deutschland und die EU müssen die Abhängigkeit von kritischen nicht-europäischen Technologien und Dienstleistungen reduzieren. Sie müssen die Fähigkeiten zum souveränen Betrieb und Schutz der kritischen digitalen Infrastruktur ausbauen; dies gilt insbesondere für die Einführung des 5G-Mobilfunknetzes und des superschnellen Internets der neuen Generation. Zur Stärkung

der europäischen Souveränität sollten daher insbesondere in technologischen Schlüsselbereichen die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft aufgebaut und gefördert werden, um risikobehaftete technologische Abhängigkeiten von Drittstaaten wie China abzubauen.

- Deutschland und die EU sollten ihre Zusammenarbeit mit China auf allen Ebenen der Klimapolitik und beim Schutz der Biodiversität intensivieren und China ermutigen, eine führende Rolle bei der Umsetzung des Pariser Abkommens und bei der Ausrichtung der 15. Vertragsstaatenkonferenz (Biodiv-COP) 2021 in Kunming zu übernehmen. Dabei richten sich an China als Gastgeber hohe Erwartungen, den Schutz der globalen Biodiversität entscheidend voran zu bringen und einen neuen wirkungsvollen Rahmen zu beschließen. Die EU und China sollten die Staaten des globalen Südens beim Übergang in Richtung einer ressourcenschonenden Wirtschaft gemeinsam unterstützen.
- Um weniger von ausländischen (kritischen) Rohstoffen abhängig zu werden, sollten sich Deutschland und die EU für eine auf der Kreislaufwirtschaft basierende Industrie- und Rohstoffpolitik einsetzen.
- Globale Gesundheitsthemen (Pandemieprävention und -bekämpfung, Antimikrobielle Resistenzen, Gesundheitssystemstärkung) liegen im originären Interesse aller Staaten. Deutschland und die EU sollten verstärkt den Dialog mit China suchen – zum Beispiel in internationalen Foren wie der G20, im Rahmen der WHO oder in wissenschaftlichen Foren.
- Deutschland muss Forschung und Lehre stärken, die zum Verständnis von aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in China beitragen. Angesichts der Zensur in bestimmten Themenbereichen ist es wichtig, hierzulande weiterhin eine starke, unabhängige China-Expertise aufrechtzuerhalten.

Der erfreulich wachsende akademische Austausch mit China sollte auch dazu genutzt werden, den Studierenden und Wissenschaftler_innen Einblick in demokratische, gesellschaftliche und wissenschaftliche Strukturen und Grundwerte unseres Landes zu ermöglichen.

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit verlangt klare ethische Grundlagen und ein transparentes Regelwerk, dass beidseitigen Interessen gerecht wird und Wissenstransfer in sensible Bereiche wie zum Beispiel das chinesische Militär ausschließt. Hochschulen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen müssen ein Bewusstsein für eine mögliche Ambivalenz in der Zusammenarbeit entwickeln.

- Um gegenseitiges Verständnis zu schaffen und Zugang zu Kultur, Bildung und Wissenschaft über die Grenzen hinweg zu ermöglichen, sollten wir zum einen das Image Chinas in Deutschland und Europa von verschiedenen Aspekten kritisch und wohlwollend schärfen. Zum anderen muss unsere Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verstärkt ihren unabdingbaren Beitrag dazu leisten, in China der Zivilgesellschaft Freiräume für den kulturellen Dialog und demokratierelevanten Austausch zu bieten.